



RAT DER
DEUTSCH-
SPRACHIGEN
JUGEND

Rat der deutschsprachigen Jugend

30. Mai 2008

Gutachten 08/01

GUTACHTEN DES RATES DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND BELGIENS ZUM VORENTWURF DES FÖDERALEN PLANS FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG 2009 2012

Auf seiner Sitzung vom 29. Mai 2008 hat der Rat der deutschsprachigen Jugend unter dem Vorsitz des Präsidenten Peter Ohn

und mit den Mitgliedern Marco Zinnen, Pierre Mennicken, Marc-David Niessen, Jenny Möres und Daniel Niessen

folgendes Gutachten einstimmig beschlossen.

ALLGEMEIN

Leben in einer Demokratie bedeutet fortwährendes Lernen. Wir müssen lernen, einander zuzuhören; wir müssen lernen, den Anderen zu verstehen; wir müssen lernen, miteinander um- und aufeinander zuzugehen. Und seit Kurzem, das beweist dieser vorliegende dritte Föderale Plan für Nachhaltige Entwicklung, wissen wir, dass Demokratie auch bedeutet, vorzusorgen.

Es ist nicht nur an der gegenwärtigen Generation, Nachhaltigkeit zu lernen, sondern auch an der nächsten und den darauffolgenden. Genauso gilt es aber auch, nicht nur der gegenwärtigen Generation zuzuhören, sondern auch der gerade heranwachsenden. „Nachhaltigkeit“ bedeutet „Zukunft“, und eine Zukunft ohne die kommenden Generationen ist schwer vorstellbar.

Die im Vorentwurf zum Föderalen Plan zur Nachhaltigen Entwicklung angesprochenen Themenbereiche betreffen Kinder und Jugendliche nicht weniger als die erwachsene Generation. Mehr noch: Gerade junge Menschen, deren Weltbild weniger gefestigt ist, als das vieler älterer Mitbürger, sind am empfänglichsten für Sensibilisierungsmaßnahmen zum Gedanken der Nachhaltigkeit, und gerade junge Menschen, die auf einen Lebensweg von noch sechzig oder mehr Jahren vorausblicken können, haben ein Interesse daran, diese Zukunft zu sichern. Sicher ist aber, dass das Ansprechen von Kindern und

Jugendlichen völlig andere Kommunikationsformen erfordert, als es bei Erwachsenen der Fall ist.

Umso mehr erstaunt es, dass das Wort „Jugend“ in dem vorliegenden Vorentwurf nicht ein einziges Mal auftaucht, und dass Kinder ausschließlich im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Kinderarmut Erwähnung finden. Wird denn der jungen Generation keine aktive Rolle im Nachhaltigkeitsprozess zugetraut? Müssen wir erst erwachsen werden, ehe wir begreifen können, welche Bedeutung der Gedanke der Nachhaltigkeit in unserem Leben hat? Einen der wichtigsten Stakeholder scheint die Kommission für nachhaltige Entwicklung jedenfalls zu übersehen, wenn sie davon spricht, „alle Akteure in der Gesellschaft für gemeinsame Ziele“ zu mobilisieren.

Wir hoffen, dass dieses Versäumnis bis zur endgültigen Version des Föderalen Plans nachgeholt werden wird und dass in der belgischen Auffassung von „Nachhaltigkeit“ auch die zukünftigen Generationen den Stellenwert erhalten, der ihnen im Grunde zusteht.

Trotz der fehlenden Berücksichtigung der Jugend ist der vorliegende Plan ein Schritt in die richtige Richtung. Wir sind uns dessen bewusst, dass man in kleinen Schritten laufen lernen muss, bevor große Sprünge möglich werden. Dass Nachhaltigkeit auch Einschnitte in unser heutiges Konsumverhalten mit sich bringt, ist für uns selbstverständlich. Nachhaltigkeit in der Wirtschaft und Industrie, Recycling und erneuerbare Energien können einen Teil unseres heutigen Lebensstandards garantieren. Auch ökologisches Bauen, die Steigerung der Energieeffizienz und die intergenerationelle Solidarität müssen dazu beitragen, das Leben für alle heutigen und zukünftigen Kinder dieser Erde zu verbessern.

Wir sind erfreut über die sektorenübergreifende und transversale Anwendung des Nachhaltigkeitsbegriffes. Nur so ist es unserer Auffassung nach möglich, umfassende Nachhaltigkeit zu garantieren.

2.1.1. WERTE UND IHR EINFLUSS IN UNSERER GESELLSCHAFT

Bei einer Diskussion über Wertebildung und über den Einfluss der Medien darf die Frage nach der heranwachsenden Generation nicht außen vor bleiben. Mit Erreichen der Volljährigkeit ist ein bedeutender Teil der persönlichen Wertebildung längst abgeschlossen. Kinder und Jugendliche stellen daher eine ganz besonders wichtige Zielgruppe für die unter diesem Punkt genannten Maßnahmen dar. Nicht nur die öffentliche Debatte, auch Bildung (soweit dies im föderalen Rahmen möglich ist) muss zur Förderung der gewünschten Werte beitragen.

2.2.4. INDIKATOREN FÜR NACHHALTIGEN WOHLSTAND

Wir begrüßen die Etablierung neuer Indikatoren für nachhaltigen Wohlstand auf Basis von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten und sind der Meinung, dass dies einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung darstellt.

2.3. GRUNDSÄTZE DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

Der Grundsatz der doppelten Gerechtigkeit wird unserer Meinung nach nicht ausreichend umgesetzt. Das Ändern des langfristigen (Konsum-)Verhaltens der Bevölkerung ist nur dadurch möglich, dass Kinder von klein auf so sensibilisiert werden, dass es für sie eine Selbstverständlichkeit ist, den nachhaltigen Weg des Lebens zu gehen. Der positive Einfluss einer solchen Sensibilisierung kommt dem gesamten Konzept der Nachhaltigen Entwicklung zugute. Diese Verhaltensveränderungen sind leichter in jungen Jahren zu erreichen. Schulen und Jugendorganisationen bieten hier eine ausgezeichnete Lehrplattform. Formales, informales und nicht-formales Lernen können und müssen ihren Beitrag leisten zu einer nachhaltigen Politik.

2.3.0. FÖRDERUNG EINES NACHHALTIGEN KONSUMVERHALTENS

Wir haben festgestellt, dass konkrete Maßnahmen zur Förderung eines nachhaltigen Konsums in zu geringem Maße im Bericht enthalten sind. Wir fordern darum die CIDD auf, dem Themenbereich A einen entsprechenden vierten Punkt hinzuzufügen. Es kann jedenfalls nicht ausreichen, sich auf Holz, Kraftstoffe und die Überwachung der Werbung zu beschränken.

Wir können in den Industrieländern nicht weiterhin so konsumieren, wie es bisher der Fall war. Eine nachhaltige Veränderung unseres Konsumverhaltens ist von höchster Wichtigkeit. Dieser Punkt liegt uns besonders am Herzen, da gerade die junge Generation auf die hiermit verbundenen Probleme aufmerksam gemacht werden muss. Um das Konsumentenverhalten nachhaltig zu beeinflussen, sollten vermehrt Informationskampagnen durchgeführt werden, die besonders Kinder und Jugendliche ansprechen.

Der unter Punkt 2.3.11. gemachte Vorschlag, Informationen zur Nachhaltigkeit eines Produktes besser zu kennzeichnen, ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Jeder Produzent sollte verpflichtet sein, die CO₂-Bilanz seines Produktes neben dem Preis anzugeben, und dies in einer für den Konsumenten verständlichen, einheitlichen Form. Jedoch sollte auch hier die soziale Komponente der Nachhaltigkeit nicht aus den Augen verloren werden. Auch die Lebensbedingungen der Arbeiter, die ein Produkt herstellen, sollten durch eine unabhängige Prüfstelle ermittelt und auf dem Produkt gekennzeichnet werden.

Auch heute noch kaufen zahlreiche Konsumenten ohne es zu wissen Produkte, die durch Kinderarbeit hergestellt wurden, oder von Arbeitern, die unter menschenunwürdigen Bedingungen schuften müssen. Da erscheint es beinahe zynisch, dass auf den in der EU verkauften Eiern seit Jahren genau gekennzeichnet ist, wie die Hühner gehalten werden, von denen sie stammen. Um echte Nachhaltigkeit zu erreichen, muss dem Konsumenten wahre Mündigkeit zugestanden werden, und dies kann nur durch steigende Transparenz und Information geschehen.

2.3.1. WERBEKOMMUNIKATION, MARKETING UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Das Scheitern der im zweiten Föderalen Plan vorgesehenen Überwachungsstelle für Werbung ist bedauerlich. Die im vorliegenden Entwurf vorgesehenen Maßnahmen zur Schaffung eines Arbeitskreises und eines Bewertungsinstrumentes sind wichtige Werkzeuge. Nur durch Werbung, die einen nachhaltigen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen fördert, kann auch effektiv nachhaltige Entwicklung vorangetrieben werden. Wir können aber nicht davon ausgehen, dass der Markt sich hier im Sinne der Nachhaltigkeit selbst reguliert, vor allem da die Entwicklung von unserem Standpunkt aus gesehen in eine andere Richtung zu weisen scheint. Ein Eingreifen der politischen Verantwortlichen ist hier von Nöten, weshalb die Maßnahme zur Schaffung einer Überwachungsstelle für Werbung auch im dritten föderalen Plan erhalten bleiben sollte.

2.3.3. NACHHALTIGE BIOKRAFTSTOFFE

Die Rolle von Biokraftstoffen in der weltweiten Energiegewinnung erlebt zur Zeit eine beachtliche Steigerung. Die Nachhaltigkeit dieser Form der Energiegewinnung ist dabei alles andere als geklärt. Massenproduktion von Biokraftstoffen in Form intensiver und extensiver Landwirtschaft stellen nicht nur eine Gefahr für das Weltklima dar, sondern darüber hinaus für die Biodiversität und Nahrungssicherheit in Entwicklungsländern. Biokraftstoffe um jeden Preis als Alternative zu heutigen Kraftstoffen zu etablieren, ist sicher der falsche Weg. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Rohstoffe wie Wasser, Erdöl und Lebensmittel in Zukunft Gründe sein können, Kriege zu führen. Energiepolitische Ziele im Bereich Biokraftstoffe, die auf außereuropäischem Import basieren, erkennen wir nicht als nachhaltig, das Gegenteil ist der Fall.

Der im vorliegenden Maßnahmenkatalog aufgeführte Weg der Entwicklungszusammenarbeit und des durch Zertifikate abgesicherten Handels ist hier sicher der richtige Ansatz und muss konsequent ausgebaut werden. Ebenso wie im Bereich des Konsums darf hier die soziale Dimension der Nachhaltigkeit nicht außer Acht gelassen werden. Daher müssen neben umwelttechnischen Kriterien auch die Lebensbedingungen der Produzenten ein Einfuhrkriterium darstellen.

B. ANPASSUNG UND KAMPF GEGEN DIE NEGATIVEN AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS

Eine weltweite Senkung der Emissionswerte um 30% gegenüber 1990 ist ein wichtiges Ziel. Wir ermutigen den belgischen Staat, einen größeren Teil dazu beizutragen als sie durch internationale Verträge verpflichtet sind. Es geht darum, eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Wenn eine Senkung der Emissionswerte um 30% möglich ist, sofern andere Industrienationen mitziehen, dann muss diese Quote auch in Alleinverantwortung zu erreichen sein. Belgien darf auch einmal Klassenbester in der europäischen Schule sein.

C. TRANSPORTWESEN UND MOBILITÄT

Das Transportsystem muss erneuert werden. Mit dieser Idee sind wir vollständig einverstanden. Dennoch befürchten wir, dass durch Privatisierungen die ländlichen Gebiete immer weniger berücksichtigt werden im öffentlichen Nahverkehr und dass sich die Dienste über kurz oder lang auf die profitträchtigsten Zonen beschränken. Jeder Bürger, ob Großstadtbewohner oder Einwohner entlegener ländlicher Gebiete, muss mehrmals täglich Zugang haben zu einer verlässlichen Bus- oder Bahnverbindung. Nur so kann der Automobilverkehr eingeschränkt werden, ohne Jugendliche und Erwachsene in ihrer Mobilität zu behindern. So muss entweder der Staat selbst diese Dienste anbieten oder Dienstleister auf verlässliche Weise in die Pflicht nehmen, damit dieser Betrieb erhalten bleibt und ausgebaut wird. Dieser Dienst muss auch während den Wochenenden und abends vorhanden sein, um auf die speziellen Bedürfnisse von vor allem jungen Menschen eingehen zu können. Nur ein kostengünstiges, zuverlässiges und allgemein zugängliches Verkehrsmittel, das zudem seinen eigenen Beitrag zur Nachhaltigkeit liefert, macht es möglich, die europäische und belgische soziale Kohäsion zu fördern.

2.3.9. SCHÜTZEN UND BEWAHREN DER BIOLOGISCHEN VIELFALT IN BELGIEN, EUROPA UND DER WELT

Auch in diesem Punkt stimmen wir mit dem Ansatz, den dieser Entwurf bietet, überein. Leider wird in unseren Augen zu wenig Wert auf die kritische Einschätzung und Regulierung von GVOs gelegt. Bedrohungen für die Artenvielfalt besonders unter Nutztieren durch Patentrechte auf Lebewesen werden gar nicht explizit erwähnt. Hier ist Nachbesserungsarbeit nötig, wollen wir diese Gefahren nicht aus den Augen verlieren.

E. VOLKSGESUNDHEIT

Der Vorschlag, Forschung zu den möglichen Auswirkungen einer Einführung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt zu fördern, ist begrüßenswert. Allerdings müssen dabei auch die an dieser Einführung interessierten Unternehmen stärker in die Verantwortung gezogen werden, den Beweis zu erbringen, dass die von ihnen genutzten Technologien keine Gefahr für Umwelt und Bevölkerung darstellen. Bevor eindeutige Untersuchungsergebnisse vorliegen, sollten entsprechende Produkte nicht genutzt werden.

Nachhaltige Ernährung

Dieser Punkt schließt stark an den Punkt „Nachhaltiger Konsum“ an. Besonders Kinder und Jugendliche sollten vor allem im Bereich der Ernährung in ihrem Konsumverhalten sensibilisiert werden. Hierbei sollte man sich jedoch nicht auf die direkten gesundheitlichen Folgen der Ernährung beschränken. In diesem Bericht wurde viel über die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern geschrieben. Der Bewusstwerdung der eigenen Verantwortung seitens des Konsumenten wurde hingegen wenig Achtung geschenkt. Viele Probleme in den Entwicklungsländern gehen auf die Ungerechtigkeiten

des derzeitigen Marktsystems zurück. Und in eben diesem System ist der Konsument die treibende Kraft. Um eine wirklich nachhaltige Entwicklung innerhalb und außerhalb der Industrieländer zu ermöglichen, muss dieses Bewusstsein des Konsumenten gestärkt werde. Die Förderung von Fair-Trade-Projekten (beispielsweise Verkaufsstände in Schulen, die von Schülern betrieben werden) stellen eine Möglichkeit der frühen Sensibilisierung dar. Vor allem bedarf es jedoch einer schulischen Aufklärung über den Ursprung unserer Konsumgüter (z.B. die jeweilige CO₂-Bilanz heimischen und importierten Obstes) und über die Arbeitsbedingungen jener, die diese produzieren (z.B. ein Vergleich der Lebensbedingungen eines herkömmlichen Bananenernters mit jenen eines Oxfam-Arbeiters). Wenn Kinder einen frühen Einblick in die konsumbedingten Probleme unserer Welt erhalten, können sie das Verhalten aller zukünftigen Generationen zielstrebig und nachhaltig verändern. Nicht zuletzt werden sie den eigenen Eltern beim Einkauf auf die Finger schauen.

F. SOZIALE EINGLIEDERUNG, DEMOGRAPHIE UND MIGRATION

Wir sind beunruhigt, dass dieser Plan keine Möglichkeit sucht, eine nachhaltige Politik im Bereich der Pensionen voran zu treiben. Die Sicherung zukünftiger Renten kann nicht ausschließlich auf den Schultern der heutigen und zukünftigen Jugend geschehen. Auf diese kommen schon genug Schwierigkeiten zu, ohne, dass deren finanzielle Möglichkeiten zusätzlich eingeschränkt werden. Nachhaltige Entwicklung bedeutet auch ein gesichertes Alterseinkommen für alle Generationen; eine Tatsache, die dieser Plan nicht zu Genüge berücksichtigt.

Eine nachhaltige Migrationspolitik ist für uns in Anbetracht der rückläufigen Geburtenzahlen, der Vergreisung und einer multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft eine selbstverständliche Notwendigkeit. Vor allem muss hier Nachdruck auf die Eingliederung der Neuankömmlinge in die Gesellschaft gelegt werden. Eine polyvalente Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund ist hierbei von größter Wichtigkeit.

2.3.16. ARMUT

Armut ist leider auch in der Europäischen Union und in Belgien präsent. Doch sie darf auf keinen Fall den bestimmenden Faktor für die Zukunfts- und Bildungschancen der von ihr betroffenen Jugendlichen darstellen. Die Demotivation und der soziale Ausschluss aus der Gesellschaft aufgrund des Stigmas „Armut“ und ein mangelndes Selbstwertgefühl erschweren eine nachhaltige Entwicklung Jugendlicher aus armen Familienverhältnissen. Schulische Misserfolge und mangelnde Ausbildung sind Folgen dieser Kinder- und Jugendarmut. Jedem Jugendlichen steht ein gewisser Lebensstandard zu. Bildung muss für jeden zugänglich gemacht werden, um den Jugendlichen möglichst gleiche Zukunftsperspektiven zu eröffnen und die Nachhaltigkeit zu fördern.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Wir stellen uns die Frage, ob dieser Plan weit genug geht. Nachhaltige Entwicklung nur durch einen Staat bringt nicht viel. Nur gemeinsam sind wir stark. Die einseitige nachhaltige Entwicklung kann aber auch einen wirtschaftlichen Aufschwung darstellen, von dem alle profitieren. Die gemachten Erfahrungen können anderen Staaten als Grundlage dienen, ihre politischen, sozialen und ökonomischen Systeme umzustellen. Die Unterstützung mit dem nötigen Know-how kann Entwicklungsländern die Möglichkeit geben, ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit der Erde zu liefern. Nachhaltige Entwicklung ist ebenso wie Jugendpolitik ein Politikfeld, das sich nicht nur auf einzelne Themen beziehen kann und darf. Nur durch die Einbeziehung aller Interessengruppen, auf internationalem, nationalem und lokalem Niveau kann nachhaltige Entwicklung zu einem Erfolgserlebnis für alle Beteiligten werden.

Die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu ignorieren, wäre der größte Fehler, den wir machen könnten, wenn wir über Nachhaltigkeit sprechen. Die Partizipation von Jugendlichen muss die Grundlage bieten für ein nachhaltiges politisches und gesellschaftliches System. Demokratie ist in unseren Augen ein ständiger Prozess, in dem auch die schwächsten Teilnehmer ein Einspruchsrecht haben.